

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates
— Drucksachen 11/7984, 11/8304 —

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verlängerung befristeter Dienstverhältnisse
von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, vor-
dringlich Maßnahmen zu ergreifen, die es sofort ermöglichen,
wissenschaftliche berufliche Tätigkeit und die Erziehung von Kin-
dern miteinander zu vereinbaren. Dies ist angesichts der noch
immer vorhandenen Benachteiligung von Wissenschaftlerinnen
eine vorrangige bildungspolitische Aufgabe in Bund und Län-
dern. Dazu gehört insbesondere, daß Wissenschaftlerinnen und
Wissenschaftler, deren Arbeitszeit – zumeist aus familiären Grün-
den – befristet verkürzt wurde, die Möglichkeit erhalten, dieses
befristete Dienstverhältnis auf Wunsch zu verlängern. So wäre die
Vereinbarkeit von Kindererziehung oder Mandatsausübung und
Berufstätigkeit erleichtert.

Da vor allem Wissenschaftlerinnen betroffen sind, die schon in
einem befristeten Dienstverhältnis arbeiten, fordert der Deutsche
Bundestag die Bundesregierung auf, die Verlängerung bereits be-
stehender sowie künftiger befristeter Dienstverhältnisse von Wis-
senschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wie sie der entspre-
chende Gesetzentwurf des Bundesrates vorsieht, sofort mit In-
krafttreten dieses Gesetzes zu ermöglichen. Damit wäre ein
Schritt zur sofortigen Gleichstellung und Förderung von Wissen-
schaftlerinnen getan.

Bonn, den 29. Oktober 1990

Dr. Vogel und Fraktion

